

DIE LINKE. Brandenburg gründet sich in der Wiege der Mark

Der Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. Brandenburg findet am 8. September in unserer Stadt statt

Für den am 08. September 2007 in Brandenburg an der Havel stattfindenden Gründungsparteitag DIE LINKE. Landesverband Brandenburg laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Der Landesparteitag hat die Aufgabe die Verschmelzung von Linkspartei.PDS und WASG im Land Brandenburg zu vollenden und die Gründungsdokumente zu beschließen. Neben den Beschlüssen über Satzung und Landesfinanzordnung findet die Wahl des Landesvorstandes statt. Der Landesvorstand soll eine Stärke von 20 Mitgliedern haben, von denen 4 Mitglieder aus der WASG kommen. Einziger Kandidat für den Landesvorsitz ist bisher Thomas Nord aus Potsdam, als stellvertretende Landesvorsitzende kandidieren die Bundestagsabgeordnete Dr. Kirsten Tackmann aus Wusterhausen/Dosse und der Richter Christian Eicke aus Cottbus.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des Parteitages finden in der Gedenkstätte der JVA Brandenburg an der Havel und der Gedenkstätte für die Opfer

der Euthanasie am Brandenburger Nikolaiplatz Kranzniederlegungen statt.

Der Landesparteitag ist öffentlich und Gäste sind herzlich willkommen.

Im Anschluss an den Landesparteitag führt der Stadtverband der Partei DIE LINKE. im Theaterpark ein Bürgerfest durch wozu, alle Brandenburgerinnen und Brandenburger herzlich eingeladen sind. Beginn ist um 17 Uhr im Theaterpark.



Bürgerfest des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE.

am 8. September ab 17 Uhr im Theaterpark

Die größte Strafe für alle, die sich nicht für Politik interessieren, ist, dass sie von Leuten regiert werden, die sich für Politik interessieren. Arnold Joseph Toynbee (1889-1975), engl. Historiker u. Kulturphilosoph



Der Jugendverband kam mit der „Feuerwehr“ und machte einen Infostand in Hohenstücken zum Thema Sozialticket

Es kann nicht nur um Geld gehen!

Eindrücke von einer Wahlkreistour der Bundestagsabgeordneten Diana Golze

Zwei Tage in Belzig zeigten mir: Wir benötigen auch im Landkreis Potsdam-Mittelmark einen Politikwechsel. Nötig ist ein anderer Politikansatz; es geht um transparente Politik, vor allem aber geht es um soziale Gerechtigkeit.

Mein erster Termin war im Belziger Jugendclub „POGO“: Hier musste ich feststellen, dass wir einen Wertewandel in der Gesellschaft benötigen. Politik



Diana Golze auf Wahlkreistour, hier in Wustermark

sollte begreifen, dass Bildung und Jugendpolitik öffentliche Aufgaben sind, wichtig für die Demokratie hierzulande und die Teilhabe aller am öffentlichen Leben. Es ist daher ein Fehler, dies nur unter Kostenaspekten zu beurteilen. Denn was sind z.B. die Kosten für einen städtischen Jugendclub im Verhältnis zu den Kosten einer verfehlten Jugendpolitik? Beim Gespräch wurde dann auch folgerichtig mehr Engagement von der örtlichen Politik gewünscht.

Dass Chancengerechtigkeit bei weitem nicht für alle Kinder gesichert ist, wurde mir bei meinem zweiten Termin deutlich: einem Treffen mit VertreterInnen sozialer Organisationen der Region zum Thema „Kinderarmut“ in Belzig. Sei es in der Kita oder in der Schule, Kinder von einkommensschwachen Familien sind die Leidtragenden einer verfehlten Politik. Worum geht es? Oft sind es ganz einfache Dinge, z.B. Schulmaterial oder die Schulspeisung sowie die Kosten für den Schulbus. Sicherlich werden wir in der nächsten Zeit weitere Informationsveranstaltungen durchführen. Leider haben solche Veranstaltungen bisher wenig Resonanz - und das vor allem bei den Betroffenen.

Hartz IV und Kinderarmut sind Tabuthemen. Vielen ist es peinlich, darüber offen zu sprechen. Daher ist es wichtig, die Öffentlichkeit für das Thema Kinderarmut in Brandenburg zu sensibilisieren. Mir geht es darum, allen Kindern, unabhängig vom Einkommen der Eltern, die Teilnahme am sozialen und politischen Leben zu ermöglichen. Der Abbau der bestehenden Ungleichheiten muss deshalb im Mittelpunkt der Modernisierung des Bildungswesens stehen. Unterschiede müssen verringert und herkunftsbedingte soziale Nachteile ausgeglichen werden.

Was umfasst medizinische Grundversorgung? Privatisierung versus kommunale Trägerschaft in der Medizin? Diese Fragen beschäftigten mich beim Besuch des Kreiskrankenhauses in Belzig. Es ist der zweitgrößte Arbeitgeber in der Region; vor allem aber ist es eine Klinik für die medizinische Grundversorgung. In den letzten zehn Jahren hat der Kreis 50 Millionen Euro in das Krankenhaus investiert – und nun wird es verkauft. Warum? Das konnte mir bisher niemand erklären. Aus Gesprächen erfuhr ich, dass der Verkauf von Anfang an undurchsichtig war. Wichtige Informationen blieben verborgen, Entscheidungen wurden nicht begründet. Auch Betriebsrat und Krankenhausbelegschaft blieben außen vor. So geht das nicht! Damit Politik im Kreis noch gestalten kann, sollte das Krankenhaus in kommunaler Hand bleiben! Des Weiteren sollte die Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Einrichtungen, wie mit dem Krankenhaus in Potsdam oder in Brandenburg/Havel, geprüft werden. Wenn über eine Privatisierung nachgedacht wird, dann nur als ultimo ratio, aber das muss dann transparent ablaufen. Wenn man aber, wie Herr Koch, Landrat von Potsdam-Mittelmark, „Geld sehen will“, dann fallen die beiden erstgenannten Alternativen weg.

Ziel unserer Politik muss es sein, die Privatisierung zu verhindern. – Die medizinische Versorgung im Landkreis muss aufrechterhalten bleiben und zwar im gegenwärtigen Umfang und für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge, hier und überall in Brandenburg!

Diana Golze, MdB

2007 - das Jahr der Höhen

Eine gute Nachricht jagt die Nächste, z.B. die Erholung auf dem Arbeitsmarkt, die Konjunktur brummt usw. Was kommt davon bei uns an?

Erst war es die Mehrwertsteuer, die um 3 Prozent erhöht wurde, dann stiegen die Gewinne für die Großindustrie erheblich, weil es für sie große Steuergeschenke gab. Es folgte eine fette Rentenerhöhung von umwerfenden 0,54 Prozent! Ob die Rentner sich von den Unmengen an Geld alle Immobilien kaufen, das ist allerdings nicht bekannt. Und nun steigen die Preise bei Milch und Milcherzeugnissen, sprich Butter, Quark, Käse, Joghurt usw., bis zu 50 Prozent.

Einige wenige Cent davon erhalten tatsächlich die Bauern, aber das Gro fließt zu den Konzernen und in die Gehälter der Bosse der Lebensmittelindustrie und Kaufhausketten. Übrigens steht uns eine Preiserhöhung bei Getreide, und damit bei allen Getreideprodukten wie Mehl, Brot, Brötchen, Kuchen, Nudeln bevor, und selbstverständlich auch bei Fleisch, weil ein wenig vom Getreide ja im Tiermagen endet.

Die Verteilung der Mehreinnahmen erfolgt übrigens ähnlich wie bei denen von Milch und Milcherzeugnissen. Obst-, Gemüse- und vor allem auch Strompreise gehen auch in die Höhe. Und dann wären da noch die Worte von Herrn Müntefering über sittenwidrige Löhne, die die Wogen des Wider-

standes gegen Mindestlöhne in der CDU in riesige Höhen brachten. Aber das war ja zu erwarten. Schließlich ist die CDU auf diesem Gebiet nicht die Partei der christlichen Nächstenliebe.

Die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung gerade in den neuen Bundesländern zu diesem Thema ist ihr egal. So weit darf da die Demokratie doch nicht gehen!

Dabei haben wir „Linken“ schon lange Mindestlöhne in einer Höhe im Visir, die ausreichen müsste, um den Lebensunterhalt damit bestreiten zu können. Doch die werden wir wohl noch lauter und nachhaltiger fordern müssen. Aber wir wissen: Die nächsten Wahlen kommen bestimmt und werden ein Höhepunkt im politischen Leben.

Passend zum Thema sieht es auch mit der Arbeitslosigkeit in unserer Stadt aus. Sie ist im Juli um 0,9 Prozent nach oben geklettert, und zwar wiederum ohne die 1-Euro-Jobber, die doch auch einen festen Arbeitsplatz suchen, aber nicht in der Statistik erscheinen.

Wie schon gesagt: Das Jahr 2007 ist ein Jahr der Höhen. Die Frage ist nur: Auf welchem Gebiet und wer hat den Nutzen?

Edith Altenkirch

Ausgezeichnet für langjährige Arbeit

In Anerkennung ihrer langjährigen und aktiven ehrenamtlichen Arbeit wurde unsere Genossin Brigitte Falkenberg anlässlich der Eröffnung der 14. Brandenburger Seniorenwoche mit einer Ehrenurkunde des Seniorenbeirates unserer Stadt ausgezeichnet.

Auch der Stadtverband und die Redaktion bedanken sich bei dieser Gelegenheit bei all den ehrenamtlichen Helfern in der Stadt und in unserer Partei, ohne die beispielsweise diese Zeitung und die Geschäftsstelle nicht so funktionieren würde, wie sie es tun.

Tolle Stundenlöhne

Sie sind die Spitzenverdiener in unserer Bundesrepublik: Herr Ackermann mit 13 Millionen Euro Jahreseinkommen, der Puma-Chefmanager mit 12 Millionen und Herr Kadermann mit 9 Millionen. Legt man 12 Monate mit je 200 Stunden Arbeitszeit zu Grunde, dann ergibt das bei Herrn Ackermann einen Stundenlohn von 5416 Euro, bei den beiden anderen Herren ein wenig weniger.

Was wäre dagegen ein Mindestlohn von 8,00 Euro? Eigentlich nur eine Möglichkeit, ein nicht sehr üppiges Leben selbst zu finanzieren.

Edith Altenkirch

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Im Herbst 2007 steht die Abstimmung über den Verbleib der Bundeswehr in Afghanistan auf der Tagesordnung. Die Bundeswehr beteiligt sich mit dem Einsatz „Operation Enduring Freedom“ (OEF), der internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF) und Tornados am Krieg in Afghanistan. DIE LINKE fordert ein sofortiges Ende der drei Bundeswehreinheiten, denn ihre Bilanz ist verheerend.

1,3 Millionen Menschen sind seit 2001 auf der Flucht. In keinem Land sterben so viele Kinder wie in Afghanistan. Ausländische Soldaten brachten 2006 200 Zivilisten um. 2007 wurde diese Zahl bereits in der ersten Jahreshälfte erreicht.

Die Bundesregierung begründet den Einsatz damit, dass der Aufbau von Strukturen in Afghanistan und Deutschlands Sicherheit durch die Bundeswehr geschützt werden müssten.

Aber die Hilfe stand nie im Vordergrund. Seit 2002 wurden insgesamt 58 Milliarden Euro für Militärmaßnahmen ausgegeben und 5,2 Milliarden Euro für zivilen Aufbau. Ein Großteil der Hilfsgelder, die nach Afghanistan gehen, fließt in die Taschen von westlichen Konzernen.

Die ISAF-Truppe leistet keinen humanitären Wiederaufbau, sondern schützt das Karsai-Regime. Hamid Karsai ist nur durch westliche Intervention an die Macht gekommen. Unter Karsai herrschen wieder die Kriegsherren, welche die Afghanen nach dem Abzug der sowjetischen Besatzer terrorisierten. Karsai – über Jahre enger Verbündeter der USA und des Westens – tut alles, um deren Interessen zu schützen.

Die Verflechtung von ziviler Hilfe und Militäreinsatz wird gerade von denen abgelehnt, die seit Jahrzehnten Erfahrungen mit ziviler Hilfe in Afghanistan haben. So haben Caritas und Deutsches Rotes Kreuz die Regierung ermahnt, die militärischen und zivilen Aufgaben strikt zu trennen, um die Helfer und die Bevölkerung nicht weiter zu gefährden.

Die Lage der Mehrheit der Frauen in Afghanistan hat sich seit dem Sturz der Taliban nicht verbessert. Die Frauenorganisation Womankind Worldwide prangert an, dass einige Formen der Gewalt gegen Frauen, wie Ehrenmorde, zugenommen haben, während die Sicherheit für Frauen in mehreren Provinzen schlechter ist als 2001.

Wenn die Regierung sagt, dass Deutschlands Freiheit und Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden, meint sie die Sicherung des Zugangs zu den Öl- und Gasvorkommen am Persischen Golf und in der kaspischen Region. Diesen will sie an der Seite der USA sichern, um Unabhängigkeit von Russland oder den neuen Konkurrenten Indien und China zu erreichen.

Der sofortige Abzug der ausländischen Truppen ist eine Voraussetzung für effektive Hilfsmaßnahmen und die Entwicklung einer wirklich demokratischen Gesellschaft. Deshalb demonstriert DIE LINKE am 15. September zusammen mit der Friedensbewegung in Berlin.

Christine Buchholz (Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der Partei DIE LINKE)

„Frieden für Afghanistan - Bundeswehr raus“
Demonstration gegen die Verlängerung der Bundeswehreinheiten

15. September Berlin, 12 Uhr, Alexanderplatz/
Rotes Rathaus



**Bundeswehr
raus aus
Afghanistan!**

DIE LINKE.

Diskussion zum Leitbild

Die AG „Senioren“ beim Landesvorstand Potsdam DIE LINKE hatte am 27.06.07 zur Diskussion über das „Leitbild für die Landesentwicklung und Anforderungen einer alternden Gesellschaft“ eingeladen.

Außerdem stand die Auswertung des Bundesparteitages durch Genosse Thomas Nord auf der Tagesordnung.

In der regen Diskussion wurde die Formulierung im Entwurf des Leitbildes zu den Anforderungen einer alternden Gesellschaft mit wenigen Ergänzungen bestätigt.

Großes Interesse fanden die Ausführungen des Genossen Nord. Er ging davon aus, dass wir alle hier aus der DDR kommen, der SED und der PDS angehört haben und die verschiedensten Erfahrungen gemacht haben. Dies gilt es, in der neuen Partei DIE LINKE zu bewahren. Für diese unsere Erfahrungen brauchen wir uns nicht zu schämen.

Aber jetzt müssen wir uns neuen Fragen stellen. Wir befinden uns in einer jungen, dynamischen Partei. Die 3.000 neuen Eintritte beweisen, dass viele, vor allem auch junge Menschen auf die neue Partei gewartet haben. Sie bringen die unterschiedlichsten Vorstellungen in die neue Partei

DIE LINKE ein.

Die Umfragewerte für DIE LINKE liegen zur Zeit bei 11 - 14 % der Wählerstimmen, unsere Existenz steht im Moment nicht in Frage.

Einiges wird für DIE LINKE leichter, vor allem in den alten Bundesländern, wie Bremen zeigte.

Der Druck der Linken auf die anderen Parteien ist gestiegen. Sie denken jetzt teilweise über bestimmte Fragen nach, die wir schon lange aufgeworfen haben, wie z.B. Einführung von Mindestlöhnen. Eine große Frage muss die LINKE innerhalb der Partei klären, die sich bundesweit stellt: Darf oder muß sich DIE LINKE an Landesregierungen beteiligen oder nicht?

Genosse Nord ging dann noch auf unsere Leitlinien ein. Sie zeigen auf, was wir für die Menschen in der BRD wollen, welche Alternativen zur gegenwärtigen Bundesrepublik, zur Politik der Bundesregierung, wir uns vorstellen.

Für mich war die Beratung hoch interessant. Sie gab viele Anregungen zur Diskussion sowie über das Leitbild als auch zur Auswertung des Bundesparteitages DIE LINKE in unseren Bereichen.

B. Falkenberg

Gleichstellung der Geschlechter

Ausstellung zum 15 jährigen Bestehen des Frauenhauses

Am 29.06.07 beging in Brandenburg an der Havel der Unabhängige Frauenverband das 15-jährige Bestehen des Frauenhauses.

Als Besonderheit hatte die Leiterin des Frauenhauses, Christel Mück-Hannemann, eine Ausstellung über namhafte Brandenburgerinnen angeregt und mitgestaltet. Bewusst wurde dabei auf die Broschüre des Vereins Brandenburgische Stadtgeschichte „Namhafte Brandenburger“ angespielt, die lediglich eine Frau neben 44 Männern enthält.

In dieser Ausstellung, die 33 Brandenburgerinnen würdigt, hat der Verein Lila Archiv Berlin federführend durch Frau Dr. Ursula Sillge Frauen aus Kommunalpolitik, Kunst, Sport und weiterer gesellschaftlicher Arbeit der Stadt vorgestellt.

Auch zwei Frauen aus unseren Reihen sind mit

ihren wichtigsten Lebensdaten und ihren Aktivitäten dargestellt. Es sind Petra Faderl und Birgit Hübner. Sie stehen neben Frauen wie Margit Spielmann, Dietlind Tiemann, Anca Güntsch, Ingeborg Arlt, Christel Mück-Hannemann u.u.u. Frau Dr. Sillge hat aber auch Gertrud Piter mit einbegriffen und damit einen wesentlichen Hinweis gegeben, dass die Aufzählung bedeutender Frauen sich nicht allein auf die Zeit nach 1990 beschränken sollte.

In einer beabsichtigten Ergänzung sollten auch Brandenburgerinnen des vergangenen Jahrhunderts vorgestellt werden. Nicht mit dargestellt, aber wichtig für die Technik zum Gelingen der Veranstaltung, war Petra Zimmermann am Laptop und Beamer.

U.Kirchner

Montagsdemo am Sonnabend

Nicht 100, nicht 200, sondern nach unserer „Zählung“ 158 Teilnehmer hatte die wirklich bunte, laute und trotz allen Ernstes fröhliche landesweite Montagsdemo am Sonnabend, 30.06.07 Fahnen, Transparente, Musik, Gesang (wirklich gesungen) und Aufrufe per Mikrophon und Sprachrohr haben ganz bestimmt in den Straßen aufmerksam gemacht.

Auch wenn nicht alle Bewohner neugierig die Fenster aufrissen. Sollten sie eventuell alle bereits im Demozug mitgelaufen sein? Es gab Menschen, die sich tatsächlich durch unseren Zug gerufen fühlten und sich anschlossen.

Außer unserem leider wie stets überschaubaren Häuflein waren Demonstranten aus Potsdam, Berlin, Eisenhüttenstadt, Finsterwalde, Angermünde usw. angereist. Im Demozug waren Fahnen von IG Bau, DIE LINKE, MLPD u.a. vertreten.



Überschaubar aber laut und kämpferisch die landesweite Montagsdemo am Samstag

Weil wir Brandenburger nur 1 Fahne DIE LINKE besitzen, haben wir die rote Arbeiterfahne mitgenommen. Die Fahnen trugen abwechselnd

René, Horst, Alfredo, Wolfgang, Katja, Rico, Lutz und Klaus. Nach dem Marsch durch Bauhofstraße, Nicolaiplatz, Hauptstraße, Kur- und Steinstraße gab es eine 1 1/2-stündige Kundgebung auf dem Neustädtischen Markt. Für die LINKE sprach Andreas Bernig vom Landesvorstand. Alle ange-reisten Städte wollten sprechen und kamen zu Wort. Schwerpunkt-

forderungen waren: Hartz IV muss weg, Erhöhung des Regelsatzes, Mindestlöhne - damit Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, auch davon leben können -, gegen Sozialabbau für soziale Gerechtigkeit.

U. Kirchner

Leserbriefe

Rechtsextremismus nicht herunterspielen

Fraglos war der terroristische Anschlag auf die Bundeswehrfahrzeuge durch eine Gruppe Berliner Linksextremer eine Aktion, die zeigt, dass extreme Handlungen von allen Seiten passieren.

Ich teile die Ansicht, die auch linke Gewalt verurteilt. Dennoch warne ich davor, veranlasst durch diese Aktion, die Gefahr des Rechtsextremismus herunter zu spielen.

Im Land Brandenburg haben sich alle Demokraten dazu bekannt, Rechtsextremismus in allen seinen Facetten den Kampf anzusagen.

Das gegenwärtige Ausschlachten einer einzelnen Straftat von Linksextremismus in unserer Stadt – noch dazu von Auswärtigen – wird in meinen Augen höchstens dazu führen, dass sich NPD und

andere neofaschistische Gruppierungen bestätigt fühlen.

Die Zielrichtung des Konzepts der SVV „Handlungskonzept für mehr Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus“ muss trotz dieses Ereignisses ohne Wenn und Aber erhalten bleiben.

Wie groß die Gefahr ist, dass rechtes Denken in die Köpfe getragen wird, hat gerade gestern der RBB in seiner Abendschau deutlich gemacht, als er auf das Schulungsheim des rechtsextremen Vereins der Stiftung „Mathilde Ludendorff“ in Kirchmöser - also in unserer Stadt - hingewiesen hat. Dieser Gefahr gilt es zu wehren und darin sollten sich alle demokratischen Parteien einig sein.

U. Kirchner

„Wer im Glashaus sitzt

Da hat nicht nur Herr Paaschen, Fraktionsvorsitzender der CDU, Schwierigkeiten bei der Links- und Rechtsorientierung, jetzt gibt es scheinbar auch noch Probleme bei der Wahrnehmung von eindeutigen Beschlusslagen der SWV beim CDU-Stadtverordneten Herrn Simon!

Meine Herren, Versuche von Kreativität beim Auffüllen von Sommerlöchern, meinerwegen, aber jetzt auch noch eine linke Politikerin für das Abwandern eines Streetworkers verantwortlich machen zu wollen, ist nicht kreativ sondern unverschämt!

Ich zitiere hier einmal den in der April-SWV für alle Fraktionen konsensfähigen Beschlusstext, der im öffentlichen Teil einstimmige Zustimmung fand.

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Brandenburg an der Havel beauftragt die Verwaltung, durch Umschichtung der finanziellen Mittel in den Fachbereichen V und VI die Personalkosten für die 20 Stellen sozialpädagogischer Fachkräfte für das Jahr 2007 sicherzustellen. Zur Sicherung der auslaufenden Personalkostenförderung durch das Land ist bis August 2007 ein Lösungsvorschlag zu erarbeiten.“

Herr Simon, wo bitte steht in diesem Beschlusstext, dass ausschließlich die Beigeordnete Hübner aus ihrem Verantwortungsbereich einen Lösungsvorschlag zur Kompensation der wegfallenden Landesmittel

unterbreiten soll?

Für den objektiven Bürger unserer Stadt erinnere ich hier auch noch an die der Beschlussfassung vorausgegangene Diskussion, in der z.B. die Stadtverordneten Holzschuher, Lang, Martin und Förster betonten, dass man

1. den Bürgern unserer Stadt kaum vermitteln kann, dass es einen Streit um die Haushaltsstellen gibt, aus denen die benötigten Gelder genommen werden sollen,
2. eine fach- und ressortübergreifende Zusammenarbeit für erforderlich hält,
3. auch alle Fraktionen in die Verantwortung nehmen soll, wenn es darum geht, Vorschläge zu unterbreiten und
4. die CDU mit ihrer Oberbürgermeisterin nicht aus der Verantwortung bei der Suche nach Deckungsquellen nehmen kann.

„Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen“. Sich selbst aus der Verantwortung stehlen wollen, um anderen den Schwarzen Peter zuzuschieben, das hat meiner Meinung nach nichts mit kreativem und sauberem Politikstil zu tun!

Anmerkung: Das gläserne Rathaus war eine Aussage im Wahlkampf von Frau Dr. Tiemann!

Heidi Hauffe (Stadtverordnete DIE LINKE)

Zum Vorfall so genannter Linksextremisten in Brandenburg/H

Laut Zeitung will man aus den Reihen von CDU und FDP einen Zusatzantrag stellen, der auch den so genannten Linksextremismus mit einschließt. Man sollte sich dem zwar nicht verwehren, aber klarstellen: Was da als willkommener Linksextremismus ausgegeben wird, ist eher kümmerlicher, weltfremder Anarchismus, der mit echten linken Strömungen nicht das geringste gemein hat. (Der Anarchismus hat eine lange, leider blutige Geschichte, weil er sich eigentlich und hauptsächlich gegen Personen, Repräsentanten von Staaten richtet, befangen in dem Irrglauben, damit gesellschaftliche Änderungen herbeiführen zu können, genau genommen zählt auch die RAF dazu.) Dass sich echtes, linkes Streben hiervon gründlich distanziert, weil Gewalt, und schon gar nicht auf diese

Art, zum Scheitern verurteilt ist, dürfte sich damit zwangsläufig ergeben.

Das mit der „Spielwiese“ ist natürlich ein Witz: Karlsruhe und mehr als 20 Staatsschützer dürften dafür sorgen, dass von dieser obskuren Gruppierung auf lange Sicht, wenn überhaupt, nichts mehr zu hören ist. Nebenbei: Während diese zweifelhafte Gruppe gesellschaftlich isoliert dasteht bzw. dastand, hat der wie ein Krebs sich ausbreitende Rechtsextremismus eine handfeste Lobby, die leider mitten in der Gesellschaft angesiedelt ist. Vielleicht sollte man das den Leuten von CDU und FDP mal „um die Ohren schlagen“. Ich habe zwar zu diesem Brandenburger Vorfall einen Leserbrief geschrieben, aber ob, wann und wie er in der Presse erscheint, ist ungewiss.

Wilfried Weise

Termine

Öffentliche Fraktionssitzungen DIE LINKE am 10.09 und 24.09.07, jeweils 18.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

BO-Vorsitzendenberatung in der Geschäftsstelle, 11.09.07 um 17.00 Uhr

Stadtvorstandssitzungen in der Geschäftsstelle, 28.08.07 um 18.00 Uhr

AG Politische Bildung: 30.08.07 um 17.00 Uhr, in der Geschäftsstelle

Am 8.9.07 Landesparteitag ab 11 Uhr im Theater mit anschließendem Bürgerfest ab 17 Uhr im Theaterpark

Wir Gratulieren

22.08. *Renate Poser*

31.08. *Horst Schmeißer*

02.09. *Anita Bormeister*

05.09. *Silvia Hauffe*

05.09. *Dieter Strube*

08.09. *Erich Diering*

08.09. *Werner Müller*

10.09. *Degenhard Wick*

11.09. *Ingrid Habicht*

12.09. *Gertrud Kunczak*

12.09. *Günter Sidow*

14.09. *Edith Altenkirch*

14.09. *Birgit Hübner*

17.09. *Hildegard Lemke*

21.09. *Elke Kroll*

21.09. *Dirk Wiegner*

22.09. *Alfons Wichterei*

23.09. *Gerhard Czichy*

23.09. *Gerda Liebenow*

25.09. *Klaus Knetsch*

25.09. *Ruth Scholz*

26.09. *Klaus Erlenkamp*

27.09. *Manfred Braun*

28.09. *Egbert Pfohl*

Öffnungszeiten

Montag 9-17 Uhr

Dienstag 9-17 Uhr

Mittwoch 9-13 Uhr

Donnerstag 9-17 Uhr

Geschäftsstelle DIE LINKE.

Altstädtischer Markt 2

14770 Brandenburg an der Havel

Tel.: 0 33 81 - 22 47 33

Fax: 0 33 81 - 22 99 61

Internet: www.dielinke-stadt-brb.de

E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.-Stadtverband Brandenburg

Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe

Anschrift: Altstädtischer Markt 2,

14770 Brandenburg an der Havel

E-Mail: info@dielinke-stadt-brb.de

Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung

und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion

übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht

zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder

übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nächster Redaktionsschluss 07. September 2007